

mich zugleich auch die Pflicht gegeben, an der Stelle, wozu mich das Vertrauen und die Gnade meines Herrn und Kaisers berufen hat, dieser Überzeugung gemäß zu wirken. Das Ew. Maj. zur Empfehlung eines obersten deutschen Nationalparlamentes zu sagen gerufen, läßt es umso mehr bedauern, daß dieser schönen patriotischen Idee für jetzt wenigstens unüberwindliche Schwierigkeiten bei der Wirklichkeit entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten sind von doppelter Art: sie beziehen sich einerseits auf die Organisation eines deutschen Nationalparlamentes an sich und andererseits auf das Verhältnis des Nationalparlamentes zu den einzelnen deutschen Staaten. Wenn es zur wirklichen Errichtung eines Nationalparlamentes käme, so böte sich eine Menge von Combinationen dar, welche sich jedoch im Allgemeinen vorzugsweise auf zwei Hauptformen zurückführen ließen, als deren Repräsentanten der Kürze wegen das englische System und das französische System hier genannt werden sollen. Denken wir uns ein deutsches Parlament im Geiste des letztern Systems, wie auch die einzelnen Modalitäten sein mögen, immerhin aber nach einer abstracten Theorie angelegt und mit dem Uebergewichte des demokratischen Elements, so zeigt die Geschichte jenes Systems in seinem Heimatlande, welchen Wechselfällen, welchen verhängnisvollen Erschütterungen es ausgesetzt ist, wie wenig Garantie es für eine stetige, friedliche Entwicklung der Volksgestaltung gewährt.

Wenn dieses System in einem Einheitsstaate solche unheilvolle Folgen mit sich führt, so müßten sich dieselben in einem Staatenbunde in noch viel größerem Maße zeigen. Wollte man das englische System zur Richtschnur nehmen oder, mit andern Worten, wollte man die Organisation des Parlamentes mehr auf conservative Elemente stützen, welche sich entweder aus früheren historischen Zuständen noch erhalten oder in unsern gegenwärtigen Zuständen sich neu gebildet haben, so entsteht die doppelte Frage: ob man auf diesem Wege unter den gegenwärtigen Umständen und Stimmungen überhaupt nur voranschreiten könnte, und wenn man dies auch unternähme, ob es genügend geschehen könnte, abgesehen von der großen Verschiedenheit der in dem verschiedenen Theilen Deutschlands gegebenen Vorbedingungen zur Einführung einer Nationalrepräsentation und den daraus entspringenden Hindernissen einer gemeinsamen Grundlage der Organisation derselben. Die zweite Art der oben angedeuteten Schwierigkeiten, welche auf dem Verhältnisse des Nationalparlamentes zu den einzelnen Staaten beruhen, stellt sich als noch größer und noch schwerer zu besiegen dar.

Es mag genügen dabei nur daran zu erinnern, daß in dieser Beziehung die Aufgabe darin bestehen würde, eine gemeinschaftliche parlamentarische Vertretung zu errichten, nicht für einen Bundesstaat, bestehend aus Theilen von ganz verschiedenen Dimensionen und Interessen, was schon eine höchst schwierige Aufgabe wäre, sondern für einen Staatenbund und noch außerdem für einen Staatenbund bestehend aus Staaten von gleichfalls ganz verschiedenen Dimensionen und Interessen. Die Lösung einer solchen Aufgabe wird man in der Geschichte vergeblich suchen, noch ist Hoffnung vorhanden sie jetzt für Deutschland zu finden mitten in den sich kreuzenden Meinungen, Leidenschaften und Interessen. Würde ungeachtet dieser entgegenstehenden unermesslichen Schwierigkeiten dennoch ein Versuch zur Lösung dieser Aufgabe gemacht, so könnte die Folge davon nur eine dieser beiden Eventualitäten sein: entweder bei einem unkräftigen Nationalparlament ein unnütziges und bedenkliches Spiel mit politischen Formen und eine weitere Complication eines, schon mehr als ersprießlich ist, complicirten politischen Systems; oder bei einem kräftigen Nationalparlament der Anfang einer ganz neuen Gestaltung Deutschlands, welche aber nicht in friedlicher Entwicklung vor sich ginge, sondern bei welcher das Herinbrechen revolutionärer Stürme unausbleiblich gewiß, das Ende und das Resultat derselben aber für das Wohl, ja für den Bestand Deutschlands ganz ungewiß wäre. Auch bin ich von der Wahrheit überzeugt, welche Ew. Maj. aussprechen, daß in unsern Tagen die bloße physische Gewalt kein Gemeinwesen aufrecht zu erhalten vermag; aber andererseits vertraue ich auch dem besondern Geiste der Zeit, der mehr und mehr heranreisenden und sich verbreitenden bessern Einsicht, wodurch alle Gutgesinnten geleitet sich davon überzeugen werden, daß es heilsamer ist, die einmal gegebenen und nur durch einen völligen Umsturz zu beseitigenden Grundlagen des Bestehenden bei dem aufzuführenden neuen Gebäude eher möglichst gut zu benutzen, als ganz unausführbare oder nur mit der höchsten Gefahr zu verfolgende Ideale verwirklichen zu wollen.

Auch wenn für jetzt kein oberstes deutsches Nationalparlament errichtet wird, so kann und soll darum doch Wesentliches geschehen zur Verbesserung und Befestigung des moralischen und politischen Bandes, welche den gesammten deutschen Bund umschlingt. Dahin gehört die Reform der Bundesverfassung hinsichtlich der zu weit ausgehenden Forderung der Stimmeneinheitlichkeit bei zu fassenden Beschlüssen; ferner die stärkere Concentrirung der Stimmen des Engern Rathes und der Executivgewalt des Bundes; nicht minder, um Anderes nicht zu erwähnen, blieben auch, wenn man auf ein Nationalparlament verzichten müßte, dadurch für einzelne wichtige Gegenstände und Kreise der öffentlichen Thätigkeit Zusammenberufungen von Notabeln und Vertrauensmännern aus der Gesamtheit der Nation nicht ausgeschlossen.

Von besonderer Wichtigkeit wird aber in dieser Beziehung immer die Regelung der deutschen Zoll- und Handelsverhältnisse sein. Die Pflege der materiellen Interessen für sich allein ist allerdings nicht im Stande die Revolution zu besiegen und Umwälzungen zu verhüten. Die Natur des Menschen bringt es nothwendig mit sich, daß es in letzter Instanz vielmehr immer höhere geistige Interessen sind, in welcher Verunstaltung und Verlehrsheit sie auch oft in die Erscheinung treten mögen, welche die Welt in Bewegung und auch wieder zur Ruhe bringen. Aber darum hat dennoch die Pflege der materiellen Interessen von Seiten der Regierungen sowol überhaupt, als namentlich in der gegenwärtigen Zeit die größte Wichtigkeit anzusprechen. Dahin zu wirken, daß materielle Noth, daß die Verkümmern der physischen Bedingungen des menschlichen Daseins möglichst gemildert und beseitigt werde, wird immer nicht minder eine Pflicht der Menschlichkeit als eine Aufgabe der Staatsweisheit sein; in der gegenwärtigen Zeit, wo die revolutionären Bestrebungen überall den Pauperismus und das Proletariat als Bundesgenossen und Werkzeuge zu benutzen suchen, ist dies noch umso mehr der Fall. Für Deutschland schließt aber die Pflege der materiellen Interessen durch Anbahnung und endliche Erreichung eines gemeinsamen, alle einzelnen Theile umfassenden Zoll- und Handelsystems zugleich die Grundlage und unerlässliche Vorbedingung der bessern nationalen Einigung und Machtentfaltung in sich. Diese Angelegenheit gehört gewiß zu den obersten Angelegenheiten des staatlichen Gesamtlebens, und wenn bei weitem Voranschreiten auf der Bahn nach diesem Ziele einmal eine Vertretung der Intelligenzen und Interessen der Gesamtheit in diesem bestimmt umschriebenen aber großen Kreise zu Stande gebracht werden könnte, so wäre damit zugleich der Nation etwas Wesentliches von dem ihr ge-

bührenden und von Ew. Maj. gewünschten Selbstantheil an den obersten Angelegenheiten ihres staatlichen Gesamtlebens gegeben. Dieser Antheil ist aber auch im Allgemeinen, selbst wenn kein Nationalparlament besteht und wenn nur die übrigen Reformen der Bundesverfassung zur Ausführung kommen, nicht ausgeschlossen; er findet vielmehr, wenn auch nicht direct, doch indirect durch die Einwirkung der landständischen Vertretungen in den einzelnen Staaten auf die betreffenden Regierungen und deren Bundespolitik statt. Wenn wir auf dem bisher angedeuteten Wege bei der Behandlung der deutschen Angelegenheiten voranschreiten, so wird darin nicht die Einführung oder Rückkehr dessen liegen, was zu spät kommt oder sich überlebt hat. Wir werden vielmehr die bisherige Verfassung des Bundes, ohne seine Existenz der Gefahr des Umsturzes, jedenfalls aber einer ganz ungewissen Zukunft preiszugeben, durch neue Institutionen, wo sie fehlerhaft war, verbessern, wo sie ungenügend war, vervollständigen, und dadurch zugleich Reime künftiger Entwicklungen gewinnen.

Wenn die deutschen Fürsten und Regierungen alles Dasjenige zur Verbesserung des politischen Zustandes Deutschlands thun, was sich mit Sicherheit, was sich, ohne neue Gefahren und Stürme heraufzubeschwören, thun läßt, so wird der einsichtsvolle und wohlgesinnte Theil der Nation im Gewinn und Genuß des sichern, wenn auch bescheidenen Maßes wirklicher Verbesserungen für jetzt gerne auf weiter gehende Entwürfe verzichten, welche theils jetzt schon durch die gemachten Erfahrungen in andern Lichte als früher erscheinen, theils als unausführbar sich zeigen.

In der Hoffnung auf diesen einsichtsvollen und wohlgesinnten Theil der Nation, im Vertrauen auf die Fürsten Deutschlands sehe ich, ungeachtet der großen Schwierigkeiten, welche noch zu überwinden sind, mit Zuversicht einer bessern Zukunft des deutschen Vaterlandes entgegen. Mit diesen Wünschen für Deutschland verbinde ich den ebenso innigen Wunsch, daß die göttliche Vorsehung Ew. Maj. zum Heile und zur Bieder Württembergs und Deutschlands bis zu dem entferntesten Ziele erhalten, sowie nicht minder eine glückliche Zukunft Deutschlands erleben und eine lange Reihe von Jahren genießen lassen möge. Geruhen Ew. Maj. die Huldigungen der Ehrerbietung gnädigst zu genehmigen, mit welchen ic.

Deutschland.

Berlin, 17. März. Gestern und vorgestern fand im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in der Zeit von 7 bis 10 Uhr Abends eine Ministerialkonferenz statt, welcher die Minister v. Manteuffel, v. Rabe, v. d. Heydt, jeder in Begleitung mehrerer Ministerialräthe, beiwohnten. Gegenstand der Berathung ist die nach dem Ablehnen des österreichischen Zollprojekts diesseits nothwendig gewordene Aufstellung bestimmter Handelsprincipien. Wie wir hören, ist gestern Abend eine Einigung der betreffenden Ministerien in dieser Frage herbeigeführt worden. Auch der gestrige Ministerrath scheint sich mit dieser Frage beschäftigt zu haben.

Verschiedene Blätter sprechen von einem russischen Memorandum, welches den mit dem Cabinet zu Petersburg befreundeten Mächten die Mittel und Wege angäbe, wie der Revolution gründlich vorzubeugen wäre. Wir können mit Bestimmtheit dem Vorhandensein eines solchen Memorandums widersprechen. (R. Nr. 3.)

* **Raumburg, 17. März.** Zwischen dem Adjutanten v. Beniveigni hier selbst und dem Lieutenant v. Rohrscheidt aus Erfurt hat gestern Mittag in der Nähe des hiesigen Bürgergartens ein Pistolenduell stattgefunden, bei welchem der letztere Offizier todt auf dem Plage blieb.

Köln, 11. März. Aus dem Mutterkloster der Filles de la croix zu Lütlich kamen gestern 17 Nonnen und deren Oberin hier an und fuhren mit dem Dampfboot nach Nees, in dessen Nähe ein Kloster errichtet wird, wo diese Nonnen untergebracht werden. Der Orden der Filles de la croix unterzieht sich dem Unterricht, der Erziehung, wie der Krankenpflege. (B. 3.)

Kassel, 15. März. Den Oberlieutenants Hildebrand und d'Orville, welche, nachdem sie ihre Entlassung eingereicht, zur Disposition gestellt wurden, ist die Stadt Fulda zum Aufenthaltsorte angewiesen und haben dieselben diese Stadt ohne Erlaubniß des Kurfürsten nicht zu verlassen. Die beschlossene Ordre ist vom heutigen Tage.

Hamburg, 14. März. Die Ausrüstung für die von hier nach Brasilien abgehende Expedition wird immer lebhafter betrieben. Auch für die Equipirung von Artilleristen wird jetzt Sorge getragen. Wo die Kanonen — Zwölfpfünder — gegossen oder angekauft werden sollen, brachten wir noch nicht in Erfahrung; die Laffeten zu diesen Geschützen gehen aus der hiesigen großen Wagenfabrik von Lauenstein und Grossart hervor. Ueber Lieferung von Püchelhauben, Tornistern, Lederzeug ic., wurde mit einem unserer ersten Sattlermeister, Rönckeberg, ein Contract abgeschlossen. Die deutsche Legion wird so vollständig formirt, daß man sogar die nöthigen Musiker für dieselbe hier anwirbt. Alle Gelder, die für die Ausrüstung erforderlich sind, zahlt das Banquierhaus Salomon Heine den kaiserlichen Agenten aus, wofür Hr. Rego de Barros auf London trassirt. Alle diese Notizen schöpfen wir aus den sichersten Quellen, haben aber auch die früher anderweitig erfolgte Angabe zu berücksichtigen, als hätte bereits in dieser Woche das erste Schiff mit sogenannten „Auswanderern“ nach Amerika unsern Hafen verlassen sollen. Allerdings sollte ein für die Expedition ausgebessertes Fahrzeug vorgefertigt vom Stapel laufen, was indessen noch nicht geschah. Jedenfalls werden in nächster Woche die für dieses Schiff (Hamburg) bestimmten Leute an Bord gehen, baldiger Abfahrt entgegengehend, da sich nach ihrer Unterbringung in der Stadt doch manche Inconvenienzen ergeben haben. (Köln. 3.)

— Man schreibt der Grazer Zeitung: Bedeutendes Aufsehen macht in Wien das Verschwinden von fünf Bürgern, welche zugleich

Familie
thal, u
stellen
sein un
daß sie
halb u
sie mit
Scher
merksa
Geld a

+ J
serta v
des D
Krankh
seit fün
nervöse
mahlin
nig, v
cana, k
stus u
zogin v
(vom C
liebt ha
verbreit
marschi
Bestimm
Kriegsbr
reichs
wol sch
denn fi
sollten
Küsten
Teichsm
Pforte
(Neypt

Bericht
Amtsge
Der M
ston hin
Gefes
beugt h
der Sa
daß die
das Mi
weisung
gerten
ist aber
Regieru
datbau
command
laufende
des neu
in derfel
1837 si
Einwend
erwarten
die Ginn
sie aber
lige Ver
National
lautet: „
ben bis
Wirksam
Verlänge
Anstalt.
über ein
mission k
Was ab
Hr.
eigener
griffe in
Wahl die
gierung
len lassen
Das Gef
ben, son
preisgeb
vertheilig
nigt, v
Regierun